

Flüchtlingsrat Bremen – Bericht 2023

Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V. / Geschäftsstelle

Der Flüchtlingsrat Bremen war 2023 in der Bremer Öffentlichkeit mit rassismuskritischen, flucht- und migrationspolitisch relevanten und betroffenenzentrierten Positionen sichtbar und hörbar. Wir haben, teilweise gemeinsam mit den Betroffenen, den öffentlichen Druck erhöht und so zu positiven – wenn auch strukturell noch immer nicht ausreichenden – Veränderungen beitragen können.

Unsere grundsätzlichen Arbeitsschwerpunkte:

- ✓ kontinuierliche rechtliche Beratungsangebote für Menschen, die von der diskriminierenden Gesetzgebung (v.a. AufenthG, AsylbLG, AsylG) betroffen sind
- ✓ Interventionen z.B. bei Sozialbehörden, Migrationsamt, Zentrale Aufnahmestelle (ZAST), Standesamt, Jobcenter in Einzelfällen sowie bei strukturellen Missständen, die diese Behörden verursachen
- ✓ offenes persönliches und telefonisches Beratungsangebot für Geflüchtete sowie für Unterstützer*innen, Multiplikator*innen, Mitarbeitende in der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten u.a.
- ✓ Empowerment von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung
- ✓ rassismuskritische politische Intervention und Öffentlichkeitsarbeit.

Das entgeltlich arbeitende Team des Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V. bestand in 2023 aus fünf Personen:

- eine Mitarbeitende (in Teilzeit bis 06/23) sowie zwei geringfügig Beschäftigte als Mitarbeitende für koordinierende Aufgaben in der Geschäftsstelle und im Förderverein (jeweils gefördert durch Pro Asyl)
- zwei Mitarbeitende (in Teilzeit, gefördert über Projektmittel der Deutschen Fernsehlotterie und der UNO-Flüchtlingshilfe) im Projekt **„Shelter – Schutz für junge Geflüchtete aus der Ukraine“**
- eine Mitarbeitende (ab 04/23, in Teilzeit, gefördert über die UNO-Flüchtlingshilfe und die Senatorin für Soziales sowie finanziert durch Eigenmittel) im Projekt **„Bremer Landesaufnahmeprogramm Afghanistan umsetzen!“**

Daneben engagieren sich Ehrenamtliche und Aktivist*innen im Team des Flüchtlingsrates, die über regelmäßige Austausch- und Koordinierungstreffen eng an die Arbeit in der Geschäftsstelle angebunden sind.

Auch in 2023 konnten weitere Spenden und Fördermitglieder eingeworben werden.

Intern organisiert sich der Flüchtlingsrat Bremen über die regelmäßigen Arbeitstreffen der diversen Organe des Fördervereins und in Austausch- und Vernetzungstreffen, an denen neben Aktivist*innen vor allem Fachberater*innen anderer Träger teilnehmen.

Projekte

„Shelter – Schutz für junge Geflüchtete aus der Ukraine“

Das Projekt unterstützt junge Geflüchtete aus der Ukraine, die dort gelebt und studiert haben, aber nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen. Ihre aufenthaltsrechtliche Situation ist – obwohl sie in Bremen zunächst mit einer Fiktionsbescheinigung ausgestattet wurden – nach wie vor nicht nachhaltig geklärt.

Im Projekt wird den jungen Geflüchteten in ihren sozial- und aufenthaltsrechtlichen Belangen eine erste Orientierung und Unterstützung durch Beratung geboten. Außerdem umfasst das Angebot die Vermittlung von Sprachkursen und Erstinformationen zu Berufs- und Ausbildungsperspektiven sowie zur Wiederaufnahme des Studiums. Darüber hinaus werden im Projekt empowernde, ressourcenorientierte Angebote bereitgestellt.

„Bremer Landesaufnahmeprogramm Afghanistan umsetzen!“

Seit 01.08.2023 ist der Erlass des Bremer Innensensors zur Aufnahme afghanischer Verwandter in Kraft, der die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für afghanische Geflüchtete, die eine Aufnahme durch ihre in Bremen lebenden Verwandten beantragen, regelt (Erlass e23-07-01 Aufnahme afghanischer Verwandter vom 31.07.2023).

Das Projekt richtet sich an in Bremen lebende Afghan*innen mit gefährdeten Familienangehörigen auf der Flucht vor den Taliban. Die Zielgruppe wird in ihrer Muttersprache (dari/farsi) über das Landesaufnahmeprogramm gem. § 23 Abs. 1 AufenthG informiert und bzgl. der Beantragung der Familienzusammenführung beraten, damit diese maximal vom Erlass profitieren können.

Seit Anfang August wurden über 100 Bremer Afghan*innen durch den Flüchtlingsrat in der Antragstellung für ihre Verwandten unterstützt.

Ein zentraler Punkt im Landesaufnahmeprogramm ist die Vorlage einer oder mehrerer Verpflichtungserklärungen. Hierzu gibt es bisher noch keine transparenten und nachvollziehbaren Richtwerte und Berechnungsgrundlagen seitens der Innenbehörde, so dass der Beratungsbedarf auch in 2024 weiterbestehen wird.

Jugendliche ohne Grenzen

In Bremen wird die Gruppe „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) durch den Flüchtlingsrat organisiert und durchgeführt. Die Gruppe besteht derzeit aus sechs Jugendlichen und jungen Menschen, die sich in unregelmäßigen Abständen und je nach Bedarf treffen. Bundesweit nimmt die Bremer JoG-Gruppe jährlich an den Aktionen zur Innenminister-Konferenzen teil, ist im Vorfeld mit an der Organisation und vor Ort an der Durchführung der bundesweiten JoG-Treffen anlässlich der IMK maßgeblich beteiligt.

Hauptthemen der Bremer JoG-Gruppe sind die Forderung nach einem Bleiberecht für alle und das Thema Afghanistan. Gemeinsam mit weiteren JoG-Gruppen formuliert die Gruppe ihre Forderungen, macht auf politisch gewollte Missstände aufmerksam, setzt sich bundesweit und lokal für die Rechte der Geflüchteten ein und mobilisiert hierzu weitere Betroffene.

Themen und politische Interventionen

Shut down Turnhalle

Seit Anfang 2023 bringt die Bremer Sozialbehörde unbegleitete schutzsuchende Minderjährige in einer Turnhalle in der Nähe des Bremer Flughafens unter. Die Massen-Unterbringung dort verletzt das Kindeswohl und wird vor Ort durch die Johanniter-Unfallhilfe organisiert. Der Flüchtlingsrat war Teil des Bündnis #ShutDownTurnhalle, das zwei Protestkundgebungen für die Schließung der Turnhalle organisierte.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/shut-down-turnhalle/>

Taschengeldentzug von Unbegleiteten Minderjährigen

Die Jugendämter Bremen und Bremerhaven haben von 2015 bis Ende Dezember 2023 allen Jugendlichen in Maßnahmen der vorübergehenden Inobhutnahme rechtswidrig zu wenig Taschengeld gezahlt: Erst zum 1.1.2024 wurde einer Forderung des Flüchtlingsrates nachgekommen und diese Diskriminierung beendet. Die Neuregelung ist das Eingeständnis, dass die bisherige Regelung nicht vertretbar war. Die verantwortlichen Behörden weigern sich, den rechtswidrigen Taschengeldklau selbstständig rückwirkend zu korrigieren.

Wir raten daher allen Betroffenen dazu, Ihre Rechte auch rückwirkend per Widerspruch und Überprüfungsantrag vom Jugendamt einzufordern. Zu diesem Zweck haben wir auch Infomaterialien sowie ein FAQ Arbeitshilfe für Multiplikator*innen in der Jugendhilfe erstellt: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/wp-content/uploads/faq-taschengeld-klau-umf1.pdf>

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/wp-content/uploads/info-taschengeld-umf-de1.pdf>

Kampagne „Hand- und Fußfesseln sind keine Jugendhilfe!“

Seit Anfang des Jahres 2023 wenden Polizei und Jugendamt wieder körperliche Gewalt an, um Zuweisungsentscheidungen in der Jugendhilfe durchzusetzen.

Dies trägt neben anderen Mängeln der vorläufigen Inobhutnahme dazu bei, dass UMF aus der Jugendhilfe verschwinden, in prekäre Lebenssituationen gedrängt oder kriminalisiert werden. Dies haben wir – anknüpfend an unsere Kampagne und gemeinsam mit der Kriminologin Prof. Dr. Christine Graebisch – als Input einer Arbeitsgruppe („Jugendhilfe, Aufenthaltsrecht, Strafrecht“) auf dem 32. Deutschen Jugendgerichtstag im September 2023 an der FU Berlin thematisiert.

Struktureller Rassismus

Ende Oktober veröffentlicht Radio Bremen eine „Meinungsumfrage“ mit dem Titel: „Wie zufrieden sind sie mit Bremens Asyl- und Migrationspolitik?“

Die Fragen sind tendenziös, die Antwortoptionen nahezu ausschließlich restriktiv. Die Umfrage richtet sich implizit ausschließlich an die weiße Dominanzgesellschaft und blendet die Perspektiven von Bremer*innen mit Flucht- und Migrationserfahrungen – und damit ein Drittel der Bremer Bevölkerung – komplett aus. Außerdem bedient sie rassistische Narrative und ist populistisch.

Der Flüchtlingsrat veröffentlicht dazu eine Pressemitteilung (s.u.) und wird in der hauseigenen Berichterstattung als Kritikerin zitiert. Wir reichen aufgrund des strukturellen Rassismus in Umfrage und Berichterstattung eine Programmbeschwerde bei der Intendantin ein. Da die Ausführungen der Intendantin nicht überzeugen, wenden wir uns mit unserer Beschwerde an den Programmausschuss. Die Beschwerde ist noch anhängig.

Racial Profiling durch die Bremer Standesämter

Die Bremer Standesämter verweigern seit vielen Jahre allein anhand bestimmter Staatsangehörigkeiten korrekte oder vollständige Eintragungen in das Geburtenregister. Der Flüchtlingsrat unterstützt die betroffenen Schwarzen Eltern im Einzelfall, drängt gegenüber den Ämtern auf grundsätzliche Veränderungen und benennt die diskriminierende Praxis öffentlich als solche.

Im März 2023 konnte eine mit uns kooperierende Bremer Fachanwältin für Familienrecht nach vielen Jahren einen Beschluss durch das OLG Bremen erwirken, der das Standesamt verpflichtet, den im Rahmen der Geburtsbeurkundung vorgelegten Nationalpass als Nachweis der Identität anzuerkennen. Seitdem unterstützen wir viele Betroffene (vor allem Schwarze Mütter) in Ihren Berichtigungsanträgen an das Standesamt.

Gedenken an Celal Akan – AsylbLG abschaffen!

Am 26. Juni 1995 verstarb Celal Akan im Alter von 36 Jahren an den Folgen einer schweren Erkrankung seiner Leber. Das Amt für Soziale Dienste und die Bremer Sozialbehörde hatten ihm 15 Monate lang die Kostenzusage für eine überlebensnotwendige Operation verweigert. Celal Akan starb an dieser staatlichen Leistungsverweigerung.

Celal Akan geriet in Bremen weitgehend in Vergessenheit, während das menschenfeindliche "Asylbewerberleistungsgesetz" nach wie vor in Kraft ist. Mit einer Kundgebung am 26. Juni haben wir Celal Akan gedacht, an sein Leben erinnert und laut die Abschaffung des AsylbLGs gefordert.

Diskriminierende Verteilungspraxen sind in unseren Einzelfallberatungen ein permanentes Thema, da nahezu alle Klient*innen davon betroffen sind, gegen ihren Willen und ohne Würdigung ihres Lebensmittelpunkts in Bremen an beliebige Orte innerhalb des Bundesgebiets verbracht zu werden. Gegen das diskriminierende Verteilungsregime (§ 15a AufenthG, EASY, FREE, § 42b SGB 8) sowie die noch restriktivere, teilweise rechtswidrige Verwaltungspraxis gehen wir rechtlich und politisch vor und machen es öffentlich sichtbar.

Umverteilung gemäß § 15 a AufenthG

Die Umverteilungspraxis hat sich in Bremen verschärft seit die ZAST (Zentrale Aufnahmestelle) der Sozialbehörde in dem aufenthaltsrechtlichen Verfahren federführend ist. Zunehmend werden zwingende Gründe zum Verbleib in Bremen (wie familiäre Bindungen, gesundheitliche Vollstreckungshindernisse, Schwangerschaft, Mutterschutz) weniger berücksichtigt oder gar missachtet. In mehreren Fällen wurden sogar deutsche Staatsangehörige rechtswidrig mit ihrem Elternteil umverteilt. Gegen diese rechtswidrigen Praktiken gehen wir rechtlich und öffentlichkeitswirksam vor.

Überbelegung der Unterkünfte für Geflüchtete in Bremen

Die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bremen sind regelhaft überbelegt, teilweise auch unter Verletzung der festgelegten Belegungsobergrenzen. Dies und die fehlenden Mindeststandards in der Unterbringung haben wir in der Sozialdeputation sowie mehrfach öffentlich in Pressemitteilungen und Interviews thematisiert.

Einer unserer grundlegende inhaltlichen Schwerpunkte ist das Entlarven von vermeintlichen „Überbelastungen“ der Unterbringungskapazitäten als rassistisch geprägtes Narrativ. Die Bremer Sozialbehörde hat über viele Jahre bereits geschaffene Kapazitäten zur Unterbringung von Schutzsuchenden immer wieder abgebaut, keine langfristigen

menschenwürdigen Wohnräume geschaffen und die Forderungen nach dezentralen Unterbringungsformen ignoriert.

Die Auswirkungen der Überbelegung der Unterkünfte und ihrer größtenteils unwürdigen Ausstattung tragen ausschließlich Schutzsuchende, die Verantwortung hierfür wird in üblicher rassistischer Traditionslinie den Betroffenen zugeschoben. Diese rassistischen Narrative zu durchbrechen, die Verantwortlichen als solche zu nennen und gesellschaftspolitische Aufklärung zu leisten, nehmen wir als eine grundlegende Aufgabe wahr, um langfristig solidarische Veränderungen herbeizuführen. Hierzu haben wir durch die Zusammenarbeit mit Betroffenen, Multiplikator*innen und gegenüber den Medien den Kern der Problematik angesprochen und damit zur Sichtbarkeit der rassistischen Verhältnisse beigetragen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die inhaltlichen Positionen des Flüchtlingsrates wurden auch in 2023 seitens der Presse nachgefragt und in Medienveröffentlichungen rezipiert und aufgenommen. Siehe hierzu: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pressespiegel-2/>

Zudem hat der Flüchtlingsrat diverse Pressemitteilungen zu unterschiedlichen Themenkomplexen veröffentlicht:

Unterbringung

Trotz Überlastung der ZAST - Sozialressort erzwingt Wohnverpflichtung: Das Sozialressort zwingt Asylsuchende dazu, in überfüllten und unzureichend ausgestatteten Unterkünften zu wohnen, obwohl vielfach die Unterbringung in privatem Wohnraum möglich wäre: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/trotz-ueberlastung-der-zast-sozialressort-erzwingt-wohnverpflichtung/>

Türkei/Syrien

Erdbebenhelfer:innen in der Türkei und Syrien - Sechs-Monats-Frist für die Wiedereinreise jetzt abschaffen! Der Flüchtlingsrat Bremen fordert die Bremer Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich für eine sofortige Änderung des Aufenthaltsgesetzes einzusetzen: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/erdbebenhelferinnen-in-der-tuerkei-und-syriensechs-monats-frist-fuer-die-wiedereinreise-jetzt-abschaffen/>

Geburtsurkunden für alle!

Racial Profiling ist verboten – auch dem Standesamt Bremen. Seit Jahren stellt das Standesamt Bremen Schwarze Eltern anlasslos unter den Generalverdacht, sie würden bei der Geburtsbeurkundung ihres Kindes Falschangaben machen. Das Oberlandesgericht Bremen und das Amtsgericht Bremen haben diese diskriminierende Praxis in einem aktuellen Fall zurückgewiesen. Die Bedeutung dieser gerichtlichen Entscheidungen geht über den Einzelfall hinaus: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/racial-profiling-ist-verbotten-auch-dem-standesamt-bremen/>

Asylrecht/GEAS

Appell von über 50 Organisationen an die Bundesregierung. Keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes bei der europäischen Asylrechtsreform!

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/appel-von-ueber-50-organisationen-an-die-bundesregierung/>

Struktureller Rassismus

Radio Bremen stellt Menschenrechte zur Diskussion - Radio Bremen hat heute die Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, deren Kontext und Fragen auf die Entrechtung von geflüchteten Bremer*innen hinauslaufen. Wir finden: Entrechtung und Rassismus sind keine Meinung! <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/radio-bremen-stellt-menschenrechte-zur-diskussion/>

Unbegleitete Minderjährige

Taschengeldentzug gegen geflüchtete Minderjährige: Das Bremer Jugendamt zahlt schutzbedürftigen jungen Geflüchteten nur einen Bruchteil des notwendigen Mindestbetrags an Taschengeld: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/taschengeldentzug-gegen-gefluechtete-minderjaehrige/>

Shut down Turnhalle! Seit Anfang 2023 bringt die Bremer Sozialbehörde unbegleitete schutzsuchende Minderjährige in einer Turnhalle in der Nähe des Bremer Flughafens unter. Die Massen-Unterbringung dort verletzt das Kindeswohl: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/shut-down-turnhalle/>

Asylbewerberleistungsgesetz

Noch immer weniger als zu wenig: Anders als das Sozialressort es darstellt, erhalten Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften und der Zentralen Aufnahmestelle in Bremen noch immer verfassungswidrig zu geringe Leistungen: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/noch-immer-weniger-als-zu-wenig/>

Kundgebung in Gedenken an Celal Akan: 30 Jahre Diskriminierung – AsylbLG endlich abschaffen! <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/kundgebung-in-gedenken-an-celal-akan30-jahre-diskriminierung-asylblg-endlich-abschaffen/>

Social Media

Der Flüchtlingsrat ist auch kontinuierlich in den Sozialen Medien präsent und verzeichnet steigende Follower*innen-Zahlen.

Instagram:

https://www.instagram.com/fluechtlingsrat_bremen/ (1817 Follower*innen, Stand: 01/24)

Facebook: <https://www.facebook.com/fluechtlingsratbremen>

Netzwerkarbeit

Der Flüchtlingsrat nimmt regelmäßig an den einschlägigen bremenweiten Netzwerken und Gremien teil und vertritt dort Belange von geflüchteten und migrierten Menschen.

Zudem haben wir in 2023 im bundesweiten Zusammenschluss der Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl einen Prozess zur Sensibilisierung über rassistische und diskriminierende Strukturen in den eigenen Organisationen weiter vorangetrieben.

Darüber hinaus hat der Flüchtlingsrat mit weiteren migrationspolitischen Akteur*innen Aktionen zu rassistuskritischen Themen (mit-)organisiert und sich dort öffentlich positioniert. Als Flüchtlingsrat sind wir Teil von Betroffenen-Bündnissen in Bremen, wie der Geflüchteten-Selbstorganisation „Together we are Bremen“ sowie Geflüchteten aus den afghanischen, iranischen und kurdischen Communities.

Der Flüchtlingsrat ist über seine Mitglieder, Mitarbeitenden und engagierte Aktivist*innen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen und rassistuskritischen Initiativen, Organisationen und Vereinen vernetzt, mit denen fachlich-kollegialer Austausch stattfand bzw. telefonische Einzelfallberatung bei sich überschneidenden inhaltlichen Anliegen.

Wo es sinnvoll erschien, wurden auch parteipolitische Akteur*innen, wie parlamentarische Referent*innen oder auch Fraktionsvorsitzende direkt angesprochen und fachliche Stellungnahmen und Positionen vorgebracht.

Es besteht darüber hinaus kontinuierliche bzw. fallbezogene Zusammenarbeit u.a. mit folgenden Akteur*innen:

- Bremen Solidarity Center (BreSoC) | <https://bresoc.org/>
- MVP Bremen e.V. – Verein zur Förderung der gesundheitlichen Versorgung papierloser Menschen | <https://www.mvp-bremen.de/>
- Fluchtraum e.V. | <https://www.fluchtraum-bremen.de/>
- Bremer JungenBüro | <https://www.bremer-jungenbuero.de/>
- solidarisches Begleitungsprojekt ACOMP A | <http://acompabremen.blogspot.de/>
- Medinetz Bremen und Flüchtlingsinitiative e.V. | <http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/?q=medinetz>
- soliport – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt | <https://soliport.de/>
- Ambulante Suchthilfe Bremen | <https://ash-bremen.de/suchthilfezentren/>
- Aktionsgemeinschaft Arbeitsloser Bürger und Bürgerinnen e. V. | <https://www.agab.de/>
- Comeback gGmbH - Gesellschaft im ambulanten Drogenhilfesystem und arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen | <http://www.comebackgmbh.de>
- Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V. | <https://www.ratundtat-bremen.de/>
- Zuflucht e.V. | <https://www.zuflucht-bremen.de/>
- Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk (BeN) | <https://ben-bremen.de/>
- Kinder- und Familienzentren
- Verschiedene Träger der Sozialen Arbeit in den Bereichen Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
- Asyl- und Migrationsberatungsstellen in Bremen

Gremienarbeit

Der Flüchtlingsrat Bremen ist Mitglied in folgenden Gremien:

- x Bremer Härtefallkommission (Vorsitz)
- x Bremer Rat für Integration
- x Landesnetzwerk für Migration
- x Begleitausschuss des ESF geförderten Arbeitsmarktprojekts „Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN/BIN+)“
- x Begleitausschuss der „Partnerschaft für Demokratie“ Bremen
- x „Ständiger Gast“ in der Sozialdeputation des Landes Bremen
- x Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl
- x Bundesweites Vernetzungstreffen der Landesflüchtlingsräte

Mittelherkunft und Mittelverwendung

